

Protokoll der Braunschweiger Pflegekonferenz 2025 (öffentlicher Teil)

*Interessen vertreten
wertschätzen & stärken
unterstützen*

Datum: 11.06.2025	Uhrzeit: 15:00 Uhr bis 18:00 Uhr	Ort: BraWoPark Business Center III, Konferenzräume 1 – 4, Willy-Brandt-Platz 13, 38102 Braunschweig
Begrüßung:	Dr. Christina Rentzsch (Videobotschaft)*	Protokoll: Dr. Jan Weber
Gesamtmoderation:	Susanne Kundolf	

* Videodokumentation auf der Internetseite des Sozialreferates

TOP	Inhalte
1.	<p>Fachvortrag: „Doppelbelastung ohne Entlastung? Herausforderungen und gesetzliche Maßnahmen für die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf in einer alternden Gesellschaft“* <i>Dr. Ulrike Ehrlich, Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA)</i></p> <p>Durch die demographische Alterung steigt die Zahl Pflegebedürftiger, schrumpft die Erwerbsbevölkerung und geraten Gesundheitssystem, Arbeitsmarkt und Sozialsysteme unter Druck. Pflegenden An- und Zugehörige (insbesondere im erwerbsfähigen Alter) bewegen sich im Spannungsfeld der Zielkonflikte von Pflege-, Arbeitsmarkt- und Vereinbarkeitspolitik. Sie sollen gleichzeitig gute Pflege leisten, die Wirtschaft durch ihre Arbeitsleistung retten und das Rentensystem und ihr eigenes ökonomisches Auskommen jetzt und im Alter sichern. Die Forschung des DZA weist auf den weitreichenden Einfluss von Vereinbarkeitspolitik hin – ca. acht bis zehn Millionen Menschen in Deutschland pflegen Angehörige oder ihnen nahestehende Personen aufgrund von Krankheit, Behinderung oder Altersgebrechlichkeit. Ferner weisen die Ergebnisse auf die <i>Weiblichkeit</i> von Angehörigenpflege und, in der Folge, die höhere Wahrscheinlichkeiten der Erwerbsreduktion und -unterbrechungen insbesondere bei Frauen nach. Weitere Daten belegen ihre stärkere Betroffenheit von Lohn- und Renteneinbußen sowie Nachteilen für die eigene Gesundheit.</p> <p>Im Rahmen des Deutschen Alterssurveys (DEAS) wurde im Jahr 2023 zudem eine verschwindend geringe Nutzung gesetzlicher Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige, die Beruf und Pflege vereinbaren, nachgewiesen. Nur 2 % der 375 befragten pflegenden Angehörigen hatten die kurzzeitige Arbeitsverhinderung bezogen bzw. hatten 1,2 % der Befragten Pflegezeit in Anspruch genommen. Familienpflegezeit wurde nicht, die Freistellung zur Begleitung in der letzten Lebensphase nur von einem Prozent der Befragten beansprucht. Gründe für die 364 Nicht-Inanspruchnehmenden waren Unkenntnis der Angebote (21,8 %), fehlender Anspruch (16,4 %), bürokratischer Aufwand bei der Beantragung (9,7 %), befürchtete berufliche Nachteile (8,3 %) und / oder finanzielle Einbußen (6,5 %). Mit 61 % befanden die meisten Befragten die Angebote als für sie unnötig, 8,5 % hatten andere Gründe für die Nicht-Inanspruchnahme.</p> <p>Resümierend ist festzuhalten, dass gesetzliche Unterstützungsangebote zur besseren Vereinbarkeit von Pflege und Beruf für pflegende <i>Angehörige</i> besser kommuniziert, passgenauer gestaltet und für <i>Zugehörige</i> geöffnet werden müssen. Der Abbau von Voraussetzungen und Antragsverfahren einerseits sowie attraktivere finanzielle Vorteile andererseits könn(t)en den Zugang und die Inanspruchnahme verbessern. Angesichts schwindender familiärer Netze und der Zunahme Kinderloser stößt Vereinbarkeitspolitik dennoch an Grenzen bzw. muss diese besser mit der Pflege- und Arbeitsmarktpolitik verzahnt werden. Die Annahme erwerbslebenslanger</p>

TOP	Inhalte
	<p>Vollzeitarbeit ohne Fürsorgetätigkeit ist nicht mehr zeitgemäß. Fürsorgetätigkeit muss von negativen Folgen für Lohn, Karriere und Alterssicherung entkoppelt werden.</p> <p><small>*Videodokumentation auf der Internetseite des Sozialreferates der Stadt Braunschweig, Präsentationsfolien in der Anlage</small></p>
2.	<p>Partizipativer Teil: Parallelforen</p>
2.1.	<p>Forum I: Interessen vertreten</p> <p><i>wir pflegen e. V.</i> stellt sich als Interessenvertretung pflegender An- und Zugehöriger auf Bundes- und Landesebene mit seinen Zielen und Angeboten vor und regt die Gründung lokaler Selbsthilfeinitiativen an.</p> <p>Referent und Moderator:</p> <p><i>Sebastian Fischer, wir pflegen – Interessenvertretung und Selbsthilfe pflegender Angehöriger e. V., Vorstand, Berlin und Niedersachsen</i></p> <p>Vortrag: „Pflege geht uns alle an“ – Pflegende An- und Zugehörige als gleichberechtigte Partner in der Pflege*</p> <p>Der Bundesverband <i>wir pflegen e. V.</i> wurde im Jahr 2008 in Hamburg als Interessenvertretung pflegender Angehöriger gegründet. 11 Leitlinien bilden den Rahmen der Arbeit des Bundes- und der zwischenzeitlich 8 Landesvereine. Der seit 2023 bestehende Niedersächsische Landesverein arbeitet ehrenamtlich. Öffentliche Förderung wird bislang nicht gewährt. <i>wir pflegen e. V.</i> beziffert den volkswirtschaftlichen Gegenwert der von An- und Zugehörigen allein in Braunschweig erbrachten Pflegeleistungen auf rund 600 Millionen Euro.</p> <p>Mit den drei zugrundeliegenden Pfeilern Partizipation, Selbsthilfe und Interessenvertretung adressiert der Verein zum einen die ausgemachte <i>systemische Diskriminierung</i>, die beispielsweise dadurch zum Ausdruck kommt, dass pflegende An- und Zugehörige nicht in relevanten Gremien des Versorgungssystems auf Bundes- und Landesebene repräsentiert sind. Im Rahmen der Selbsthilfeaktivitäten dienen Austauschmöglichkeiten der gegenseitigen Information, Bewältigung und Entlastung. Ziele sind die Stärkung der Resilienz der Mitglieder sowie die Steigerung des Organisationsgrades und die Bündelung eigener Anliegen.</p> <p>Schließlich münden die Erfahrungen als Ausdruck der Interessenvertretung in Stellungnahmen, Handlungsempfehlungen und Positionspapieren, in denen sie in konkrete Forderungen und Vorschläge für alle föderalen Ebenen und die Kommune übersetzt werden. Ziel ist ein Paradigmenwechsel, durch den mittels Entbürokratisierung und Einführung einer (Pflege-) Bürgerversicherung sowie der Gewährung von Lohnersatzleistungen und Sozialbeiträgen für pflegende An- und Zugehörige Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie gestärkt und negative Folgen informell geleisteter Pflege abgemildert werden sollen. Ebenfalls gefordert wird eine verpflichtend zugängliche professionelle pflegerische Versorgung für hohe Pflegegrade. In diesem Jahr erstmals begangen wird die „Woche der pflegenden Angehörigen“. Unter Schirmherrschaft von Ministerpräsident Olaf Lies sollen in der Zeit vom 6. bis 12. Oktober 2025 in möglichst allen niedersächsischen Landkreisen und kreisfreien Städten Aktionen stattfinden.</p> <p><small>* Videodokumentation auf der Internetseite des Sozialreferates der Stadt Braunschweig, Präsentationsfolien in der Anlage</small></p>
2.2.	<p>Forum II: wertschätzen & stärken</p> <p>Die Teilnehmenden zeigen persönliche Bedarfe und Bedürfnisse pflegender An- und Zugehöriger auf und ergründen gemeinsam, wie diesen in Braunschweig noch besser entsprochen werden kann.</p>

TOP	Inhalte
	<p>Moderator:innen:</p> <p><i>Andreas Kern, Seniorenbüro</i> <i>Barbara Schmidtke, Pflegestützpunkt</i> <i>Petra Mohr, KIBiS</i> <i>Michael Baumgart, ambet e. V.</i> <i>Christoph Bettac, Alzheimer Gesellschaft BS e. V.</i></p> <p>Das Forum richtet sich insbesondere an Konferenzteilnehmer:innen mit eigenem Erfahrungshintergrund in der Angehörigenpflege und wird als World Café durchgeführt. Dabei diskutieren die auf drei Gruppen aufgeteilten Teilnehmer:innen nacheinander rotierend jeweils zu einer der drei nachstehenden Fragen:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Unterstützung hätten Sie sich vor dem Ereignis Pflege gewünscht? 2. Welche Unterstützung haben Sie als hilfreich erfahren? 3. Wenn sie sich etwas für die pflegenden Angehörigen in der Stadt Braunschweig wünschen könnten, was wäre das? <p>Nachfolgend werden die Themen, Ergebnisse und Wünsche pointiert zusammengefasst:</p> <p><u>Ergebnisse Frage 1:</u> Zu Beginn ihrer Pfl egetätigkeit würden An- und Zugehörige von einer umfassenden und intensiveren Beratung und besserer Aufklärung zu den kommenden Herausforderungen profitieren („Was kommt auf mich zu?“). Haus- und Fachärzt:innen befriedigen den vorhandenen Beratungsbedarf nicht immer in Gänze. Auch im weiteren Verlauf würde eine „Nummer für Kummer“ zur Entlastung und Stabilisierung der Versorgung beitragen. Eltern wünschen sich mehr Unterstützung bei Erreichen der Volljährigkeit ihrer pflegebedürftigen Kinder. Hier wird vor allem der Bedarf für eine offensive bzw. unaufgeforderte Ansprache und Unterstützung betont.</p> <p>Darüber hinaus wünschen sich die Teilnehmenden die Stärkung der Gesundheits(system)kompetenz der Bevölkerung und Vorbereitung auf die Pflege von An- und Zugehörigen, beispielsweise durch ein verpflichtendes Schulfach „Gesundheit“.</p> <p><u>Ergebnisse Frage 2:</u> Die berichteten Erfahrungen zeugen davon, dass pflegende An- und Zugehörige von den (in Braunschweig vorgehaltenen) diversen professionellen und ehrenamtlich getragenen Beratungsangeboten profitieren, gleichsam aber auch Informationen aus Familie und sozialem Umfeld nutzen und sich durch Internetrecherche oder die Rezeption von gedruckten Informationen (z. B. Seniorenwegweiser) informieren.</p> <p><u>Ergebnisse Frage 3:</u> Bürokratieabbau war die prominenteste Antwort auf die Frage nach Wünschen für pflegende An- und Zugehörige in der Stadt. Dabei wird u.a. auf die teils komplexen Begutachtungs- und Antragsverfahren zur Feststellung des Leistungsanspruchs verwiesen. Des Weiteren wurde der Wunsch nach mehr Transparenz und gebündelte Information über Leistungen und Versorgungsangeboten z.B. durch Anlauf- und <i>Ansurlstelle</i> (Internet) geäußert. Ergänzend erhoffen sich die Diskutantinnen mehr zugehende, als Lotse fungierende und „unaufgefordert“ angebotene Hilfe- und Unterstützung (Case Management). Unter dem Stichwort „Existenzsicherung“ für pflegenden Angehörige wird der Bedarf für eine bessere finanzielle Absicherung und, analog zur Berufstätigkeit, ein „Urlaubsanspruch“ beschrieben.</p> <p>Die Ergebnisse wurden im Rahmen der Nachbereitung der Konferenz von den Moderator:innen und dem Sozialreferat ausgewertet und in Handlungsempfehlungen übersetzt, die der Steuerungsgruppe Altenhilfe- und Pflegeplanung zur weiteren Diskussion vorgestellt werden.</p>
2.3.	Forum III: unterstützen

TOP	Inhalte
	<p>Eine Situationsanalyse der Kurz-, Tages- und Wochenendpflege ist Ausgangspunkt der Diskussion zu den Perspektiven verbesserter Angebote zur Unterstützung pflegender An- und Zugehöriger in Braunschweig.</p> <p>Moderatoren: <i>Torsten Haf, Sozialreferat</i> <i>Dr. Jonas Schwartze, Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig</i></p> <p>Impulsvortrag*</p> <p>Kurzzeitpflege (KZP) soll die vorübergehende Versorgung in Pflegeeinrichtungen nach einem Krankenhausaufenthalt oder bei einer Unterbrechung der Pflege in der Häuslichkeit sicherstellen. Hohe Auslastung und Personalmangel in Pflegeeinrichtungen führen zu zunehmender Verknappung von KZP. Die seit 2024 eingeführte Fix/Flex-Regelung adressiert den mit KZP verbundenen Mehraufwand der Einrichtungen durch die Gewährung verbesserter Pflegesätze und einem reduzierten kalkulatorischen Auslastungsgrad von 85 %. Bis dato macht ca. die Hälfte der Braunschweiger Pflegeeinrichtungen von der Fix/Flex-Regelung Gebrauch. In Summe sind über alle Braunschweiger Einrichtungen derzeit 17 fixe und 149 flexibel, d.h. abhängig vom Belegungsgrad vermarktbar, Plätze vereinbart. Noch hat nur etwa die Hälfte der hiesigen Einrichtungen von der Fix/Flex-Regelung Gebrauch gemacht. In Kombination mit dem Verlust der einzigen solitären KZP-Einrichtung hat sich die Planbarkeit von KPZ aus Sicht der Nutzer:innen verschlechtert.</p> <p>Die von der Nibelungen-Wohnbau-GmbH Braunschweig modellhaft betriebenen technikassistenten Übergangspflegewohnungen stellen für bestimmte Nutzer:innen mit temporärem bzw. temporär erhöhtem Pflegebedarf eine geeignete Alternative zur KZP dar. Die Inanspruchnahme wird durch eine ausbleibende Refinanzierung der Nutzungskosten über die Kranken- und Pflegeversicherung und die somit hohen Eigenanteile der Pflegebedürftigen gebremst.</p> <p>Braunschweig verfügt aktuell über neun Tagespflegeeinrichtungen mit 158 Plätzen. Die erreichte Zahl der Tagespflegegäste wird auf ein Verhältnis von 1:2 bis 1:3 geschätzt. Im interkommunalen Vergleich ist im ländlichen Raum von einer höheren Anzahl von Einrichtungen auszugehen. Die Auslastung der Einrichtungen in Braunschweig ist ebenfalls geringer. Aufgrund fehlender Daten und im Binnenvergleich unterschiedlicher Auslastung ist der Bedarf in der Stadt nicht zu quantifizieren. Bislang war nur eine Einrichtung an Samstagen geöffnet, das Angebot mangels Nachfrage jedoch kürzlich eingestellt. Weitere Wochenendtages- oder Nachtpflegeplatzangebote gibt es nicht.</p> <p>* Präsentationsfolien in der Anlage</p> <p>Diskussion</p> <p>Die Herausforderungen in der häuslichen Versorgung sind für pflegende An- und Zugehörige immer schwerer zu bewältigen. Das als rückläufig wahrgenommene Angebot der KZP trägt dazu bei. Geplante Auszeiten, beispielsweise für Urlaube, Krankenhaus- oder Rehaufenthalte der Pflegenden sind kaum rechtzeitig zu organisieren.</p> <p>Aufgrund der Zunahme von Singlehaushalten wird eine Ausweitung des Angebotes der Übergangspflegewohnungen empfohlen. Gleichwohl könnten die Pflegebedarfe auch von ambulanten Diensten gedeckt werden. Pflegebedürftige Kinder, Menschen mit Behinderungen und Demenzerkrankte können das Angebot jedoch kaum wahrnehmen.</p> <p>Um der Ausweitung von Pflegebedürftigkeit zu begegnen, ist eine verstärkte Ambulantisierung und die Auflösung von Sektorengrenzen notwendig. Einer Ausweitung des Tagespflegeangebotes steht die mangelnde Auslastung vorhandener Kapazitäten entgegen. Auch ein Ausbau der Wochenend- bzw. die Schaffung von Nachtpflegeangeboten scheint deshalb unwahrscheinlich.</p>

TOP	Inhalte
	<p>Kontrovers diskutiert werden offensiv formulierte Forderungen an Kommune und Gesellschaft zur Lösung der in der Häuslichkeit erlebten Überforderungssituation. Die Frage nach Überlegungen zur Schaffung professioneller kommunaler Pflegeangebote wird mit Verweis auf die Personalproblematik verneint.</p> <p>Empfohlen wird die Förderung einer „Sorgenden Gemeinschaft“ unter Einbeziehung aller gesellschaftlichen Gruppen und selbstorganisierten Netzwerke und Initiativen vor Ort. Die fortschreitende Individualisierung und Singularisierung werden dabei als Dilemma erlebt. Patentlösungen werden als unrealistisch, an der jeweils lokalen Situation orientierte Lösungen als zu verfolgender Weg angesehen. Auch die Lokalpolitik wird in der Pflicht gesehen, für förderliche Strukturen zu sorgen.</p>